

Stadtratssitzung vom 20. Januar 2023

Postulat P 29/2022

Postulat betreffend für eine bessere kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Thun

Fraktionen SP, Grüne/JG, Die Mitte und glp/EVP/EDU vom 1. September 2022; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, die jugendpsychiatrische Versorgung in der Stadt Thun zu verbessern und sich beim Kanton für mehr Ressourcen einzusetzen.

Begründung

Der Stadtrat hat erst vor kurzem für ein Jugendparlament gestimmt und die Fachstelle Familie erarbeitet aufgrund eines überwiesenen SP-Postulates ein Leitbild für Kinder und Jugendliche. Die Postulant:innen begrüßen auch weitere Anstrengungen (Erneuerung Unicef-Label, Einführung aufsuchende Jugendarbeit etc.), welche die Situation von Kindern und Jugendlichen verbessern. Ein Defizit besteht aber schon seit längerer Zeit in einer kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung, welche sich im Zuge der Covid-19-Pandemie noch verschärft hat. Vor allem die Lockdowns waren gerade für Kinder und Jugendliche eine Zeit mit grosser psychischer Belastung.

Vergleicht man den Zeitraum 1. Januar 2021 bis 30. Juni 2021 mit 1. Januar 2022 bis 30. Juni 2022 gibt es eine Zunahme von Anmeldungen um 28 Prozent in Bezug auf alle Erziehungsberatungsstellen (EB) im Kanton Bern. Bei allen EB-Stellen besteht eine Zunahme, die sich im Rahmen von 10 bis 45 Prozent bewegt.

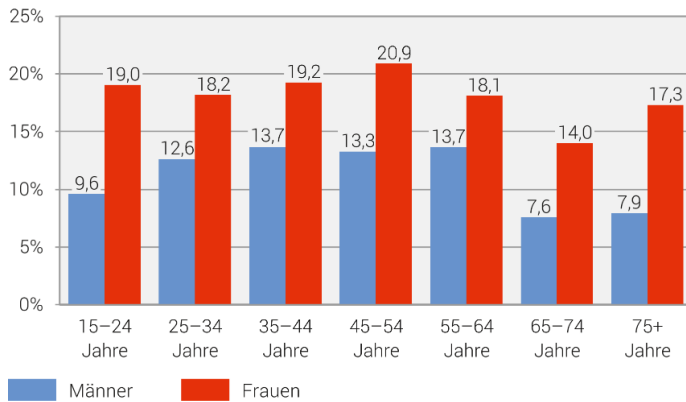
Herr Florian Huggler, Stellenleiter, lic. phil. Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP, schreibt auf Anfrage Folgendes:

«Die Lage ist äusserst problematisch, da leider zusätzlich ein Fachkräftemangel besteht und z.B. auf der EB Thun Stellvertretungen (Mutterschaft) kaum mehr zu besetzen sind.»

Ein Defizit besteht aber schon seit längerer Zeit in einer kinder- und jugendpsychiatrischen Unterversorgung, welche sich im Zuge der Covid-19-Pandemie noch verschärft hat. So gehörten bereits 2017 die 15 bis 24-jährigen Frauen zu der zweitgrössten Gruppe, welche mit einer mittleren oder hohen psychischen Belastung zu kämpfen hatte.

Mittlere oder hohe psychische Belastung, 2017

Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren



Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB)

© BFS 2018

So bilanziert auch das BAG in seinem Schlussbericht über die Wirkung von Covid-19 auf die psychische Gesundheit: «Versorgungslücken im Kinder- und Jugendbereich sollen geschlossen und ambulante, intermediäre und stationäre Versorgungs- und Rehabilitationsangebote für Betroffene sichergestellt werden.» Quelle: [Einfluss von Covid-19 auf die psychische Gesundheit \(admin.ch\)](#)

Die Versorgungslücke scheint in der Stadt und Region Thun besonders gross zu sein. Nach Auskunft der Berner Gesundheit beträgt die Wartezeit für einen Zweittermin nach einem Notfall neun Monate. Wenn notleidenden Kindern und Jugendlichen nicht geholfen wird, hat dies Auswirkungen auf das gesamte Sozialgefüge (Familie, Schule, Beruf, Freundeskreis etc.). Es ist deshalb unabdingbar, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern, dass sich die Stadt Thun auf kantonaler Ebene für eine Verbesserung des psychiatrischen Angebots für Kinder und Jugendliche einsetzt.

Stellungnahme des Gemeinderates

Angesichts der Bedeutung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung für die Versorgungsregion Thun nimmt der Gemeinderat die politische Verantwortung wahr und nimmt Stellung. Als politische Behörde ist es dem Gemeinderat ein zentrales Anliegen, dass die Grundversorgung in der Region Thun vorhanden ist.

Der Gemeinderat stellt jedoch fest, dass er in diesem Geschäft keine direkte Zuständigkeit hat.

Gemäss den Rückmeldungen von verschiedenen Fachstellen (UPD, Berner Gesundheit, Erziehungsberatungsstelle) ist die Situation sehr schwierig. So beschreibt beispielsweise die Berner Gesundheit, dass die Triage in Krisensituationen ausserordentlich problematisch ist, weil oft mehrere Monate bis zu einem Ersttermin vergehen.

Zu der erwähnten Mangellage trägt ebenfalls bei, dass in der Region Thun/Berner Oberland im Vergleich zum Grossraum Bern weniger niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater/innen tätig sind.



Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Angeboten für junge Menschen bis 18 Jahren wurde durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie der UPD ein neues Modell der ambulanten aufsuchenden Krisenintervention etabliert. Dies dient der Früherkennung und Frühintervention von Krisen und der Vermeidung von Notfallentwicklungen.

Neben dem erhöhten Bedarf und der ungenügenden Kapazitäten wird von allen Fachstellen auch der bereits jetzt deutliche Fachkräftemangel als akutes Problem beschrieben.

Auch wenn die Stadt Thun die Situation als problematisch einstuft, sind die Einflussmöglichkeiten einer Gemeinde auf solche problematischen Entwicklungen nicht gegeben, da die Versorgungsplanung in diesem Bereich – wie bereits eingangs erwähnt – eine kantonale Aufgabe ist.

Aufgrund dieser schwierigen Situation ist der Gemeinderat bereit, sich bei der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) für die Verbesserung der Situation in Thun und im Berner Oberland einzusetzen. Er hat ein Schreiben an den Regierungsrat verfasst, in welchem er auf die besorgniserregende Situation in Thun und im Berner Oberland hinweist und darum bittet, die auf der kantonalen Ebene notwendigen strategischen Massnahmen für eine Verbesserung der Situation möglichst rasch zu treffen. Am geplanten Treffen mit dem Regierungsrat vom 15. Februar 2023 wird der Gemeinderat die Thematik ebenfalls aufgreifen.

Da die Prüfung der Anliegen der Postulantinnen mit der vorliegenden Berichterstattung bereits erfolgt ist, kann das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

Antrag

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 14. Dezember 2022

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller

Beilage

Schreiben des Gemeinderates an den Regierungsrat vom 15. Dezember 2022